

12. Jänner 1917.

Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Frans Nitzgen**,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 12. Jänner 1917. Abends. Nr. 14.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 12. Jänner.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung und hält dem verstorbenen Stadtrat Götz folgenden Nachruf, der von den Versammelten stehend angehört wird:

Wir haben wieder den Verlust eines unserer Kollegen zu beklagen. Am 21. Dezember ist Gemeinderat und Stadtrat Josef Götz nach längerer schwerer Krankheit im 78. Lebensjahre gestorben.

Götz wurde vom 2. Wahlkörper des 12. Gemeindebezirkes zum ersten Mal im Jahre 1895 in den Wiener Gemeinderat entsendet, wurde nach der Auflösung desselben im Jahre 1895 und 1896 neuerlich in diese Körperschaft gewählt und gehörte derselben seither ununterbrochen an. Er zählte somit zu den ältesten Mitgliedern des Gemeinderates. Seit April 1914 Mitglied des Stadtrates, war Götz auch in verschiedenen gemeinderätlichen Kommissionen und Ausschüssen tätig.

Gemeinderat Götz hat sich stets in eifriger und hingebungsvoller Weise dem öffentlichen Leben gewidmet und ist trotz seines hohen Alters bis an sein Lebensende den schweren Verpflichtungen der von ihm bekleideten Funktionen gerecht geworden. Möge unser verstorbener Kollege nunmehr die ewige Ruhe finden; wir aber wollen sein Andenken stets in Ehren halten! Ich habe namens der Gemeinde Wien der Tochter des Verewigten das Beileid ausgedrückt und an der Bahre des Verstorbenen einen Kranz niederlegen lassen.

Das k.k. Amt für Volksernährung hat an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben gerichtet: „Mit Beziehung auf die Interpellation des Gemeinderates Hohensinner beehre ich mich zur Kenntnis zu bringen, daß gegenwärtig der Entwurf einer Verordnungs^{amts} in Beratung steht, mit welcher der Verkehr mit Ersatzmitteln für Nahrungs- und Genussmitteln geregelt werden soll.“

Der Gemeinderat hat mit Beschluß vom 28. Juni 1916 für internierte Wiener Soldaten in Beresowka (Transbaikal) 3000 K bewilligt, welcher Betrag an den Präsidenten des Fürsorgekomitees des Oesterreichischen Roten Kreuzes für Kriegsgefangene Exzellenz Freiherrn von Slatin mit dem Ersuchen um Weiterbeförderung übersendet wurde. Ueber eine an diese Fürsorgestelle vom Bürgermeister gestellte Anfrage, ob der Betrag am Bestimmungsort eingelangt sei, teilte Freiherr von Slatin mit, daß der Betrag infolge Verzögerung durch das russische Rote Kreuz erst am 22. Dezember durch das Zentral-Auskunftsbüro übermittelt wurde.

Der Bürgermeister bemerkt, er möchte bitten, dass für die weiteste Publikation gesorgt werde, da die Angehörigen der Beteiligten wiederholt darüber Klage führten, dass ihre Angehörigen die Spenden noch nicht erhalten haben. Hoffentlich, bemerkt der Bürgermeister, sind die Spenden jetzt bereits in richtigen Händen.

Der Bürgermeister bringt sodann den Geschäftsausweis des Gemeinderates und Stadtrates im Jahre 1916 zur Kenntnis.

Liegt bei .

Seine Majestät der Kaiser hat zur Anschaffung von Brennmaterialen für die Armen der Stadt Wien den Betrag von 12.000 K aus Allerhöchsten Privatmitteln allergnädigst zu spenden geruht.

Durchlaucht Fürst Emanuel Collalto et San Salvatore spendete in hochherziger Weise den Betrag von 6000 Kronen zur Beteiligung von durch den Krieg in Not und Elend geratenen Familien des Wiener Stadtgebietes für Weihnachten. - Dieser Betrag wurde zur Weihnachtszeit zur Verteilung gebracht.

Die Fa. Gebrüder Gutmann spendete zur Beschaffung von Brennmaterial an Arme der Stadt Wien einen Betrag von 20.000 K.

Ferner haben gespendet:

Ein Ungenanntseinwillender 2500 K für die Armen der Stadt Wien.

Eine Ungenanntseinwillende für die Armen des 1. Bezirkes 1000 K.

Herr Viktor Mautner Ritter von Markhof 500 K für Arme des 3. Bezirkes.

Baurat Karl Stiegler aus Anlaß des Weihnachtsfestes 300 K für Arme des 7. Bezirkes.

Ein Ungenanntseinwillender anlässlich seiner Ziviltrauung 300 K für die Armen Wiens.

Ein Ungenanntseinwillender 200 K für die Armen Wiens.

Verein Kinderliebe im 7. Bezirk 200 K für die Aktion Frühstück für arme Schulkinder.

Gemeinderat Aichhorn anlässlich seiner Beddigung zum Bürger der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen 200 K für die Armen.

Max Springer 200 K zur Beteiligung armer Schulkinder.

Fleischselcher Ernst Schwarz 40 K zur Anschaffung von Schuhen für arme Schulkinder.

Ein Ungenannter anlässlich seiner Ziviltrauung 20 K für die Armen.

Die Stadtratswitwe Therese Strasser hat letztwillig für Arme des 20. Bezirkes 1000 K vermacht.

Für die städtischen Sammlungen hat

Fürst Johann von und zu Liechtenstein ein Oelgemälde (Selbstbildnis) von Aristides Oekonomo gespendet.

Für das Historische Museum der Stadt Wien spendete die Direktion des k.u.k. Kriegserchivs in Wien eine auf photographischem Wege optisch richtiggestellte Reproduktion eines in der Kirche zu Opatow (k.u.k. Militär-General-Gouvernement Lublin) aufgefundenen Freskogemäldes, darstellend den Einsatz von Wien im Jahre 1683.

Für die Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien haben gespendet:

Fa. Josef Januschak 1 Faß Äpfel, Fa. Moritz Esterlus 50 Kronen und Frau Meta Elum Bäckerei im Werte von zirka 100 K.

Schriftführer GR. Philip verliest den Einlauf.

Gemeinderat Reumann stellt folgende Anfrage: Die Uebelstände auf der Straßenbahnlinie Mariahilf - Gellertplatz - Simmering sind immer wieder Gegenstand berechtigter Klagen und Wünsche auf deren Behebung, die teils im Gemeinderate erhoben wurden, teils dem Direktor Spängler mitgeteilt wurden, verhallen wirkungslos. Trotzdem richten wir neuerlich an den Bürgermeister die Anfrage:

a) Ist er geneigt, den Versuch zu unternehmen, den Direktor Spängler zu überzeugen, daß dem Skandal, der sich bei der Beförderung der Arbeiter zu ihrem Arbeitsorte in den Frühstunden auf der 6er Linie anlässlich des Umsteigens auf die 7er Linie abspielt, doch endlich einmal ein Ende gemacht werden muß?

b) Ist der Bürgermeister geneigt, den Direktor Spängler zu veranlassen eine Erklärung abzugeben, warum er so hartnäckig einer Verbesserung des Verkehrs auf dieser Strecke Widerstand leistet?

c) Ist der Bürgermeister geneigt, den Direktor Spängler aufmerksam zu machen, daß es in seinem Bestreben gelegen ist, die rasche Beförderung der Arbeiter von ihren entfernt liegenden Wohnstätten zu den Arbeitsstätten herbeizuführen und daher der beharrliche Widerstand des Direktors gegen seine - des Bürgermeisters - Bestrebungen gerichtet ist?

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Verkehrsschwierigkeiten auf der Linie 7 sind mir schon seit langen bekannt, weil mir schon wiederholt Beschwerden zugekommen sind. Die Schwierigkeiten unterscheiden sich nicht viel von den Schwierigkeiten die auf vielen anderen Stellen des Strassenbahnnetzes bestehen. Um ein Aeußerstes zu tun, verkehren dort über meinen Auftrag seit 2 Tagen Züge mit 2 Anhängewagen. Es wurden also die auf der Linie 7 verkehrenden Wagen um die Hälfte vermehrt. Mehr zu tun ist wegen Wagenmangel unmöglich. Ich möchte von diesem Einzelfall überhaupt auf die Verkehrsverhältnisse zu sprechen kommen. Die allgemeine Verkehrsnot bei der Strassenbahn nimmt täglich zu, obwohl des Verkehrsbedürfnis aus den den Herren bekannten Gründen täglich stärker wird, wird die Zahl der verfügbaren Wagen täglich weniger. 200 Motorwagen stehen in Remisen und können nicht repariert werden, einerseits weil das Material fehlt, andererseits mangels jener qualifizierten Arbeiter, welche die Installations- und Reparatursarbeiten besorgen können. Die Wagen werden infolge der Überfüllung und anderer unabwendbarer Kriegsfolgen täglich mehr betriebsuntauglich und können nur mit dem Aufgebot der grössten Mühe instand gesetzt werden. Die Strassenbahndirektion hat deshalb umfassende Massnahmen vorgeschlagen und wir müssen, so leid es mir und jedem anderen tut, tatsächlich Schritte einleiten, um eine Reduktion des Verkehrs herbeizuführen. Wir müssen das tun, sonst erleben wir eine Katastrophe, welche den Verkehr vollständig verhindert. Die Massnahmen bezwecken, mit weniger Wagen auszukommen, wozu es notwendig ist, gewisse Haltestellen zu reduzieren. Dadurch wird ermöglicht, dass die Motoren mehr geschont werden. Gewisse Linien, welche einem nicht sehr dringenden Verkehre dienen, werden entweder in längeren Intervallen gefahren werden, oder unter Umständen gänzlich aufgelassen werden. Um den Wünschen des Interpellanten speziell der Linie 7 entgegenzukommen, habe ich den Strassenbahndirektor beauftragt, mit jenen industriellen Firmen, deren Arbeiter diese Strecke benützen, Verhandlungen einzuleiten, ob es nicht möglich wäre, dass die Arbeiter schichtenweise die Arbeit beginnen, etwa von 10 zu 10 Minuten Pause, damit der starke Andrang zu einer bestimmten Stunde eingedämmt wird.

Im Grossen und Ganzen bleibt nichts anderes übrig als an die Einsicht und das Verständnis der Wiener Bevölkerung zu appellieren, dass die Strassenbahnen unter den Kriegsfolgen ungeheuer in Anspruch genommen wurden. Es werden Missverhältnisse gezeitigt, die dem Publikum Anlass zu Beschwerden geben.

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Bezirksvorsteher Leopold Blasel ist von der rumänischen Front auf Urlaub nach Wien zurückgekehrt, hat die Führung der Amtsgeschäfte wieder übernommen und ist wie früher täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags im Amtsgebäude für Parteien zu sprechen. Mittwoch, den 17. d.M. hält die Bezirksvertretung eine Sitzung ab.

2
Anfrage.
G.R.Körber stellt folgende . Gegenwärtig hat man sehr häufig Gelegenheiten zu bemerken, dass das Publikum auf den Strassenbahnwagen zumeist die hintere Plattform besetzt. Dadurch bildet sich ein natürliches Hindernis für alle diejenigen, welche in die Wagen aufsteigen oder diejenigen welche dieselbe verlassen wollen.

Die nächste Folge dieses Umstandes ist eine verhinderte Abfahrt der Wagen, so dass nach und nach ganz bedeutende Verzögerungen im Verkehre stattfinden. Dem Ersuchen des Fahrpersonals, die Plätze im Innern des Wagens aufzusuchen, wird leider vom Publikum meist nicht entsprochen.

Der Interpellant wünscht ein Apell an das Publikum durch Anschlag im Strassenbahnwagen und durch die Presse.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner Diese Anfrage gehört ~~die~~ teilweise in die Kategorie jener Beschwerden, von denen ich vorher gesprochen habe. Bekritelter Uebelstand ist tatsächlich vorhanden. Entsprechend den Vorschriften fordern die meisten Schaffner unermüdet die meisten Fahrgäste auf, im Wagen vorzugehen und die Plätze auf der hintern Plattform zuletzt zu besetzen. In der Regel leider vergeblich. Der schlimme Einfluss des Verstopfens der hintern Plattform ist für die rasche Zugsabfertigung und die Reisegeschwindigkeit ausserordentlich hinderlich. Er wird von den Fahrgästen zu ihrem Nachteil sehr unterschätzt. Auch müssen deshalb oft auch Fahrgäste zurückbleiben, obwohl im Innern oft noch genügend Platz ist. Bei den Wagen mit verglasten Plattform sind Aufschriften angebracht den Platz frei zu lassen, es hat aber nichts genützt. Ich möchte von hier aus an das Publikum den allgemeinen Apell richten endlich sich gewissen Vorschriften zu fügen, damit jeder Einzelne das seine dazu beiträgt, dass die Vorschriften eingehalten werden und das Zugspersonal in der Ausübung ihres Dienstes zu unterstützen.

Gemeinderat Reumann stellt folgende Anfragen:

1.) Ist dem Bürgermeister bekannt, dass die Verköstigung in den Versorgungshäusern nicht mehr genügt, um die Pflinglinge vor Hunger zu schützen?

2.) Will der Bürgermeister prüfen, ob die Brotportionen bei dem kargen Mittagessen, welches nach der Kriegsspeiseordnung verabfolgt wird, ausreichen, um den Hunger der Pflinglinge zu stillen?

3.) Glaubt der Bürgermeister, dass alte gebrechliche Menschen vier fleischlose Tage in der Woche vertragen können?

4.) Glaubt der Bürgermeister nicht, dass es Pflicht sei, eine grössere Sorgfalt für das Wohl der bedauernswerten Menschen an den Tag zu legen, die im späten Alter in einem städtischen Versorgungshaus Zuflucht nehmen müssen, als bisher?

BGM. Dr. Weisskirchner : Ich will dem Wunsche des Herrn GR. Reumann entsprechen und werde eine solche Prüfung vornehmen. Ich kann Ihnen infolgedessen heute nur mitteilen, was mir aktenmässig bekannt ist. Sowie in allen privaten Haushaltungen hat auch in den Versorgungsanstalten der Gemeinde Wien der Speisezettel während der Kriegszeit Veränderungen erfahren. Diese Veränderungen bestehen hauptsächlich darin, dass anstatt 2 fleischloser Tage, wie in Friedenszeiten, jetzt deren 4 eingeführt sind und dass bei jenen Nahrungsmitteln, deren Verbrauch gesetzlich beschränkt ist, nämlich Mehl, Brot, Fett, Kaffee, Zucker, die gesetzliche Verbrauchsgrenze eingehalten wird. Auch andere Nahrungsmittel, die der Allgemeinheit in genügender Menge zur Verfügung stehen, werden tunlichst durch solche ersetzt, die eher zu beschaffen sind.

Der Bürgermeister verliest sodann, den Speisezettel einer Anstalt, welchen er unter dem Paket, der vielen ihm vorliegenden zufällig herauszieht und bemerkt noch, Folgendes: Alle jene, welche sich in der geschlossenen Armenpflege befinden sind zumindestens der Sorge, wo sie ein Obdach hernehmen und wie sie sich Nahrungsmittel

beschaffen sollen ledig. Die Leute stehen in der früh auf bekommen ihren Kaffee, mittags ihre Mahlzeit und am Abend wieder ihre Nahrung. Ich werde konstatieren lassen, ob das, was die Gemeinde Wien während des Krieges den Pflinglingen bietet, zur Ernährung desselben hinreicht oder nicht. Ich bin überzeugt, dass die Pflinglinge, ebenso wie die ganze übrige Bevölkerung unter den Kriegsfolgen zu leiden haben. Weder GR. Reumann, noch auch ich wünsch en, dass den Pflinglingen irgend ein Abbruch in der Sorgfalt für ihr Wohl ge-

Gemeinderat von Steiner stellt folgende Anfrage: Allgemein und immer dringlicher führen Schuhmacher und Lederhändler darüber Beschwerde dass für den Zivilbedarf zumeist minderwertiges Leder in unzulänglichen Mengen abgegeben wird, was die Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit, oft sogar die gänzliche Betriebseinstellung und für zahlreiche Brancheangehörige die ärgste wirtschaftliche Bedrängnis zur Folge hat. Allgemein sind auch die Klagen über das unheimliche Ansteigen der Schuhpreise. In Schuhniederlagen werden für ein Paar Straßenschuhe bereits mehr als 85 K verlangt. Die herrschenden Preise machen es Familien selbst des kaufkräftigen Mittelstandes unmöglich, sich mit dem notwendigsten Schuhwerk zu versehen. Breite Schichten der Stadtbevölkerung sind daher in ihrer Gesundheit und in ihrem wirtschaftlichen Bestande schwer bedroht. Die Beschaffung von Schuhleder ist gegenwärtig noch viel schwieriger als selbst vor kurzer Zeit. Sämtliches Sohlenleder und auch die meisten Arten von Oberleder (eine Ausnahme bilden Chevreaulleder und chromgegerbtes Kalbleder, die noch im freien Verkehre zu haben sind) sind von der Militärbehörde beschlagnahmt und werden für anderen Bedarf nur dann frei gegeben, wenn sie „freigestempelt“ sind, d.h. wenn die militärische Uebernahme stelle sie als zum militärischen Gebrauch nicht geeignet erklärte. In der letzten Zeit wurden nun immer weniger Waren freigestempelt, weil die Militärbehörde auch mindere Qualitäten, die bis vor kurzem zurückgewiesen wurden, zu Reparaturen verwendet. In Betracht kommen ferner die Lederabfälle aus den für den Militärbedarf arbeitenden Betrieben. Auch von diesen Abfällen, die für den Zivilbedarf vielfach brauchbar sind, wird jetzt ein Teil zu Reparaturen für Militärzwecke verwendet. Daraus ergibt sich, dass die für den Zivilbedarf vorhandenen Ledermengen immer weniger werden.

All' diese Zustände erheischen eine schleunige Abhilfe.

In der vorigen Woche hat eine Abordnung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs bei dem Handelsminister Dr. Urban vorgesprochen, um für die Versorgung der Bevölkerung mit dem unbedingt erforderlichen Schuhleder eine tatkräftige Unterstützung der k.k. Regierung zu bitten. Es wurde an Se. Exzellenz die Bitte gerichtet, über die Gebarung und über die Verwendung des Reingewinnes der Leder- und Häutezentralen einen Bericht abzuverlangen, um die in der Bevölkerung aufgetauchten Bedenken zu zerstreuen.

Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt:

1. Schritte zu unternehmen, um für die Zivilbevölkerung die Versorgung mit Leder und Schuhwerk erträglich zu gestalten,
- 2.) bei der k.k. Regierung nachdrücklichst dahin zu wirken, dass über die Gebarung und Verwendung des Reingewinnes der obgenannten Zentralen Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen.

BGM. Dr. Weisskirchner : Diese Interpellation betrifft eine ungemein wichtige und für die Bevölkerung einschneidende Frage. Ich habe mich bemüht, bis zur heutigen Sitzung das Material zu sammeln bin aber nicht fertig geworden und werde mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit diese Interpellation dieselbe in der nächsten Sitzung ausführlich beantworten-

BGM. Dr. Weisskirchner fährt dann fort: Ich möchte über gewisse Tatsachen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung eine wahrheitsgetreuen Bericht erstatten und lege denselben hiermit den Anwesenden vor:

Während nach den vorübergehenden Stockungen in den kartoffelzufuhren nach Wien im Laufe des Monats November der Einlauf in der ersten Hälfte Dezember sich derart gestaltete, dass nicht nur die Märkte entsprechend beschickt, die sonstigen Anforderungen der Verbraucher-Vereinigungen, Spitäler etc. befriedigt werden konnten, sondern auch der Lagerbestand in den Mieten eine weitere Zunahme erfuhr und in den sonstigen Lagern der Gemeinde Vorräte von 200 bis 300 Waggons angesammelt werden konnten, änderte sich von Mitte Dezember an die Lage vollständig. Die Zufuhren wurden immer spärlicher und betrugen von den Weihnachtsfeiertagen oft nur einige wenige Bahnwagen; an einigen Tagen setzten sie gänzlich aus. Seit 1. Jänner ds. J. bis einschliesslich 11. ds. Mts., d. i. also in einem Zeitraume von 11 Tagen bezifferte sich ~~die~~ der Gesamteinlauf mit 19 Bahnwagen.

Diese Verhältnisse machten es nötig, die ohnehin nicht bedeutenden Lagerbestände der Gemeinde zur Versorgung heranzuziehen und auch an die Oeffnung der Kartoffelmieten zu schreiten, obwohl die Heranziehung der Vorräten aus den Mieten erst für einen weitaus späteren Zeitraum in Aussicht genommen war.

Da die Lagervorräte bald aufgezehrt waren und die Beförderung der Kartoffeln aus den Mieten aus technischen Gründen und mit Rücksicht auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse in den letzten Tagen nicht mehr wie 10 bis 15 Waggons umfasste, konnten leider in den letzten Tagen die Märkte nicht mehr entsprechend beschickt, geschweige denn den sonstigen dringenden Anforderungen Rechnung getragen werden.

Es besteht die Hoffnung, dass binnen Kurzem eine Besserung der Verhältnisse eintreten wird, indem über wiederholte Interventionen die Regierung durch Seine Exzellenz Herrn Minister Generalmajor Höfer die Zusage gab, dass einerseits die Zufuhren aus Böhmen wieder in ausgiebigeren Masse einsetzen, andererseits auch Zuschübe aus Galizien stattfinden werden. Weiters wird die Regierung mit allem Nachdrucke dahin wirken, dass eine grössere Anzahl von Bahnwagen aus Russisch-Polen der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werden.

Die oben erwähnten ungünstigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung veranlasste die Gemeindeverwaltung, bereits im Laufe dieser Woche mit der Ausgabe deutscher Kohlrüben (auch Wruken genannt), die der Gemeinde von der Regierung im Wege der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Verfügung gestellt wurden, als Ersatz für Kartoffel zu beginnen. Die erste Abgabe auf den Märkten fand am 11. ds. Mts. statt und ist vorläufig in Aussicht genommen, dieses Gemüse an Dienstagen und Donnerstagen jeder Woche an die Märkte abzugeben.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

StR. Baron legt die Schlussrechnung über den Bau des Volksgasthauses „Krapfenwaldl“ vor. Gegenüber der genehmigten Baukostensumme von 358.671 K wurden tatsächlich insgesamt 348.766 K ausgelegt, mithin eine Ersparnis von 9905 K erzielt. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Nach einem Antrage des StR. Hermann wird dem Ansuchen des Edmund Kallich um neuerliche Fristerstreckung bezüglich Verbauung der Baustelle E.Z. 1778 Alsergrund im 9. Bezirk in Anbetracht der durch die andauernde Kriegslage hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse im Baugewerbe Folge gegeben.

StR. Knoll beantragt die Auflassung eines Teiles der Sebastian Kohlgasse zwischen der Andreas Hofer- und Bessemerstraße im 21. Bezirk, Donauefeld. Die Firma Vereinigte chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., welche den Grund für den Bau ihrer Fabrik bebützen will, zahlt für die Ueberlassung 28.000 K

3
GR. Bretschneider sagt, wenn man so fortfahren werde, sich über die Bestimmungen der Bauregulierung hinwegzusetzen, man nicht mehr die für die Kommunikation notwendigen Straßenbünde erhalten werde. Man dürfe nicht die Interessen jedes einzelnen Privaten den öffentlichen Interessen vorziehen, sondern müsse immer darauf bedacht sein, die öffentlichen Interessen zu wahren. Die Fabrik, um die es sich handelt, sei überdies äußerst unhygienisch, denn die Dämpfe und die Ausdünstung machen ein Öffnen der Fenster unmöglich. Wenn also schon eine Vergrößerung vorgenommen wird, müsse man wenigstens darauf dringen, daß die sanitären Bedingungen strengstens eingehalten werden. Er erkläre für seine Partei, daß diese gegen den Antrag stimmen werde.

Nach einem Schlußworte des Referenten wird der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Antrage des StR. Braun wird der vorliegende Entwurf für den Neubau eines Hauptunratskanals in der Haidestraße von der 1. Haidequerstraße bis zu den neuen Automörser-Bauten im 11. Bezirk mit dem Kostenerfordernisse von 26.000 K genehmigt.

StR. Dr. Haas beantragt die Erhöhung der Fahrpreise für die Stellwagenfahrt von Mauerbach nach Weidlingau-Hadersdorf oder zurück von 40 Heller auf 50 Heller für die Pflöglinge des Versorgungshauses in Mauerbach und von 60 Heller auf 70 Heller für die anderen Fahrgäste zur Kenntnis zu nehmen und die Fortzahlung der Beihilfe der Gemeinde Wien von jährlich 400 Kronen an den Unternehmer Franz Enslein unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß der Unternehmer bei Wiedereintritt der gewöhnlichen Verhältnisse den Fahrpreis wieder entsprechend ermäßigt. (Ang.)

StR. Knoll beantragt den Ankauf von Siebenachtel-Anteilen der Liegenschaft 21. Bezirk Leopoldau an der Leopoldauer- und Siemensstraße im Ausmaße von 18.429 m² um 40.313 K. (Ang.)

StR. Dr. Mataja berichtet über die Verzinsung des Kaufschillings für vom Donauregulierungsfonds zur Erbauung des Kühlhauses gekaufte Grundstücke im 2. Bezirk. Ferner sei der Magistrat zu ermächtigen, die einjährigen Zinsen für das Jahr 1916 im Betrage von 45.407 K dem Donauregulierungsfond ohne Verzugs zu überweisen. (Ang.)

StR. Schmid beantragt die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke zu ermächtigen, mit der n.-ö. Landes-Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsanstalt einen am 1. Jänner 1917 beginnenden zehnjährigen Haftpflichtversicherungsvertrag für das Braunkohlenbergwerk Zillingdorf, für das Ueberlandkraftwerk Ebenfurth und für die Wiener Anlagen der städtischen Elektrizitätswerke abzuschließen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Kostenüberschreitung anlässlich der Herstellung eines doppelgleisigen Verbindungsbogens der Straßenbahn zwischen der Trunnerstraße und der Laborstraße im 2. Bezirk per 4475 K genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schneider werden Amtsräume im Hause 8. Bez. Schlesingerplatz 2, an den Landesausschuß Görz-Gradiska unter gewissen Bedingungen überlassen.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird dem städtischen Jugendamte zur Veranstaltung eines zweijährigen Fachkurses für Jugendfürsorge mit dem Verband der Wiener Tagesheimstätten für die Jahre 1917 und 1918 je ein Betrag von 7000 K zur Verfügung gestellt. Den vereinigten Fachkursen für Volkspflege, welche den anderen Teil der Ausbildung übernehmen, wird für die Jahre 1917/18 eine jährliche Beihilfe von 5000 K gewährt.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird dem Bund für deutsches Jugendwandern „Oesterreichischer Wandervogel“ für das Jahr 1916 eine einmalige Subvention in der Höhe von 147 K bewilligt und die Benützung von Räumen der städtischen Liegenschaft Währinger Straße 179 (Czartoryski-Realität) genehmigt.

Vizebürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Vizebürgermeister Hoß berichtet über die Bewilligung von Kriegszulagen für die städtischen Angestellten, einschließlich der Lehrpersonen, dann für Angestellte (Lehrpersonen) im Ruhestande, Witwen und Waisen.

Er führt aus: Bei der Bewilligung der ersten Kriegszulage in der Gemeinderats Sitzung vom 16. Mai 1916 in der Höhe von 10 Millionen Kronen musste auch an die Bedeckung durch Erfließen neuer Einnahmequellen gedacht werden. Es ist unangenehm für den Gemeinderat schon in normalen Zeiten - selbst wenn es sich um die besten und zweckmäßigsten Schaffungen für die Allgemeinheit handelt - mit Vorlagen zu kommen, durch welche der Bevölkerung eine neue finanzielle Belastung auferlegt werden soll. Um wieviel schwerer war daher das Unternehmen mit einer Mehrbelastung zu einer Zeit zu kommen, da der weitaus größte Teil der Bevölkerung alle Unbilden die durch den Krieg hervorgerufen wurden, zu tragen haben. Wenn daher die Wiener Bevölkerung die neuen Lasten nicht ohne Widerspruch aufgenommen hat, so ist dies begreiflich aber sie hat in einer würdigen Weise dazu Stellung genommen, aus der zu ersehen ist, dass sie sich der schweren Zeit und der Pflicht voll bewusst und selbst bei Auferlegung der größten Opfer und Entbehrungen bemüht ist, mitzuhelfen, damit wir durchhalten können bis uns ein ehrenvoller Friede beschieden sein wird.

Mit Rücksicht auf die noch immer ungünstiger werdende wirtschaftliche Lage hat es die Gemeinde als ihre Pflicht angesehen, neuerlich eine Erhöhung der Kriegszulagen zu beantragen, wobei eine günstigere Berücksichtigung der untern Kategorien, insbesondere aber jener Familien, die eine grössere Kinderzahl haben, eintreten soll. Familien mit mehr als 6 Personen, erhalten für jedes weitere Kind 60 Kronen Zulage.

Die bisherige Kriegszulage beträgt höchstens 19 % vom Gehalt. Nach der neuen Vorlagen, erhöht sie sich bis zu 41 %.

Bezüglich der Familien von Eingerückten, die nur den halben Gehalt beziehen, ist zu bemerken, dass sie auch diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, dadurch die Gewährung der zweiten Hälfte des Gehaltes bzw. des Lohnes eine bedeutende Entlastung für den Staat dagegen nur für einen kleineren Teil der in Betracht kommenden Familien eine Verbesserung eintreten würde. Durch das Eingreifen des Magistrats bei den Direktionen der städt. Unternehmungen und besonders des Kollegen Kunschak ist dem grössten Teil der in Frage kommenden Familien - vorausgesetzt, dass sie sich beworben haben - der Unterhaltsbeitrag erwirkt worden. In vielen Fällen ist durch ausgiebige Aushilfen die Lage der Angestellten verbessert worden. Eine Berücksichtigung der Eingerückten erscheint nicht möglich, da abgesehen von den Gagisten die sich ja im Kriege bedeutend besser stehen, die Familien der dem Mannschaftsstand angehörenden definitiven Beamten die vollen Bezüge erhalten, obwohl sie für ihre Person vom Militär gepflegt und bekleidet werden. Schwer getroffen sind die Familien von in Gefangenschaft geratenen Gagisten, da die Frau nur 1/3 des Gehaltes und das Quartiergeld erhält. Ich ersuche, dass es dem Herrn Bürgermeister, bzw. dem Herrn Direktoren der städt. Unternehmungen überlassen werde, Aushilfen in einzelnen Fällen zu bewilligen.

Der Staat hat auch eine Erhöhung der Gnadengaben (Gnadenversorgungsgenüsse) vorgenommen. Solche gibt es bei der Gemeinde nicht, da seit 1914 der Provisionsbezug auf Altersversorgung eingeführt ist.

Auch die Zuwendungen an die Bediensteten des Ruhestandes und an Witwen und Waisen haben eine weitgehende Verbesserung erfahren. Sie beziffern sich mit 32 % bei einer Pension von 600 Kronen mit 24 % bei 1000 Kronen, 14% bei 2000 Kronen, und sinken dann auf 10 % und noch weniger herab.

Die Auslagen dürften sich auf 10 bis 11 Millionen Kronen belaufen, wodurch sich die bisherigen Kriegszulagen auf ungefähr auf das Doppelte belaufen. Bezüglich der Bedeckung für das zweite halbe Jahr wird der Aufstellung des Voranschlages für 1917/18 recht zeitig Vorsorge getroffen werden.

G.R. Hohensinner (kontra) Ich habe mich nur aus alter oppositioneller Gewohnheit kontra eintragen lassen, bin aber für diese Anträge und werde für sie sprechen und stimmen, denn wenn je ein Antrag eine blutige Notwendigkeit gewesen ist, so ist es dieser. Der Krieg hat uns eine gewisse Umgruppierung der Volksstände gebracht, deren auffallendstes Ergebnis das ist, dass die bestangestellten zum grössten Teile in das Proletariat herabgesunken sind. In richtiger Erkenntnis dieser wirtschaftlichen Situation gibt nun die Gemeinde Wien die Teuerungszulagen; sie übt damit eine soziale Pflicht und ich gestehe es offen, sie bemüht sein in wirklich anerkennungswerter Weise das traurige Los ihrer Angestellten zu verbessern. Aber ebenso muss ich sagen, dass die Angestellten über diese Kriegszulage nicht so recht vom Herzen froh werden können. Da ist z. B. ein junger Beamter, der ledigen Standes ist und erhält 204 Kronen Zulage, das sind im Monate 17 Kronen. Der Staat gibt einem Beamten in derselben Rangsklasse wenigstens 240 Kronen im Jahr. Die Gemeinde gibt auch diese Kriegszulage um ein ganzes Vierteljahr später. Ich nehme einen Beamten, der 3 Kinder hat, er erhält 71 Kronen im Monat und wenn dieser Mann nur Schuhe für seine Kinder kauft, so ist die Zulage schon verfliegen und da nehme ich aber eine Familie, in der das Leben seinen normalen Gang geht. Wie aber, wenn ein Familienmitglied erkrankt. Die Aerzte haben in der letzten Zeit eine Erhöhung der Honorare beschlossen und wenn nun der Arzt in einer solchen Familie erscheint, so ist ja nach kurzer Zeit eine Honorarforderung von 200 oder 300 Kronen beisammen und ein Beamter, der in diesen Jahren Schulden machen muss, wird sich vielleicht Jahrzehnte lang seinen Gläubigern nicht entwinden können. Ich habe mir die Frage vorgelegt, ob es nicht möglich wäre, die städtische Beamten- und Lehrerschaft in irgend einer Weise mit den Bezirkskrankenkassen in Verbindung zu bringen oder ob nicht eine Vereinbarung zwischen den Gemeindeärzten und den Beamten und Lehrern möglich wäre. Der Beachtung ist dieses Projekt wohl würdig. Ich glaube also, dass die Beamten ihrer Zulagen nicht recht froh werden, wenn die Lebensmittelpreise sprunghaft in die Höhe gehen werden und es ist gar nicht abzusehen, wohin wir noch kommen werden. Wenn das so weiter geht, stehen wir in einem halben Jahre ja wieder vor der Notwendigkeit Kriegszulagen zu gewähren. Diese wollen aber bedeckt sein und Steuererhöhungen machen umgekehrt wieder Kriegszulagen notwendig. Da haben wir die Schlange, die sich in den Schwanz beisst. Eine radikale Abhilfe wäre nur ein gründlicher Abbau der Lebensmittelpreise. Die Kriegszulagen kommen nur dem Fixangestellten zugute, würde aber ein gründlicher Abbau der Lebensmittelpreise erfolgen, so gewänne die ganze Bevölkerung dabei und es wäre nicht notwendig, die Steuern zu erhöhen.

G.R. Dr. Klotzberg: Nur die Gerichtsverhandlungen lesen!

G.R. Hohensinner: Ich glaube also, es ist eine Aenderung unserer Wirtschaftsordnung nach dem Kriege unbedingt notwendig, denn wenn ich daran denke, dass nach dem Kriege ein grosser Wohnungsmangel, eine Verteuerung des Wohnens herbeiführen wird, dass die ins riesenhafte gesteigerte Staatsschuld und die nach Friedensschluss zu erfüllenden Aufgaben eine gewaltige Erhöhung der Steuer notwendig machen werden, wenn ich daran denke, dass der nächste ungarische Ausgleich einen verstärkten Agrarschutz bringen sollte, wenn ich daran denke, dass niemand von dieser unglückseligen ~~Haus~~ Hochschutzzollpolitik abgehen will, dann graut mir von der Zukunft der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstandes, wenn es einen solchen überhaupt noch geben wird, es graut mir von der Zukunft der Festangestellten, wir dürfen nicht nur den Handel schützen, auch der Verbraucher soll in der Zukunft einen Anwalt im Ministerium

4
der Verbraucher finden. Wir in Oesterreich und in Deutschland glauben mit religiöser Inbrunst an die Wunderkraft der Organisation. Eine gute Organisation und die richtigen Hackensteifen Männer, die eher ihr Amt hinwerfen, als dass sie die Sache des Volkes lassen, die brauchen wir in Oesterreich. Ich habe gesagt, dass die Gemeinde in anerkennenswerter Weise die traurige Lage ihrer Angestellten zu bessern sucht, ich höre aber, dass es in Oesterreich Anstalten gibt, deren Angestellte darben, während die Unternehmungen die Millionen anhäufen. Ich hoffe, dass die soziale Tat, die heute der Gemeinderat übt, beispielgebend wirkt, bei diesen Unternehmungen, die es angeht. Ich glaube, der ganze Gemeinderat wird sich mit meiner Stimme vereinen, damit der Appell, den ich an ihren Patriotismus, an ihre Menschlichkeit richte, auch ein Echo findet. Zur Vorlage selbst will ich nur einiges bemerken. In der Vorlage sind nur die Nichteingerückten Beamten und Lehrer berücksichtigt und das kann man gegenüber den Gagisten ohne weiters gelten lassen. Was ist es aber mit jenen, die dem Mannschaftsstande angehören? Die sind im Vergleiche viel schlechter daran. Wenn sie bekommen keine Zulagen. Ich werde mir daher erlauben, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, dahingehend, dass man den als Mannschaftspersonen eingerückten Angestellten der Gemeinde Wien eine Teuerungszulage gewähre oder wenn dies abgelehnt würde, eine Zulage bis zu 50 % ihres Gehaltes. Bezüglich der Zuwendung der Teuerungszulagen wurden die Angestellten in 4 Klassen eingeteilt. Ich weiss nicht, ob dieser Wunsch berechtigt ist. Denn die Pensionisten haben keine Kinder mehr zu versorgen. Ich möchte aber anregen, dass wenn Gesuche von Pensionisten einlaufen, diese die Berücksichtigung des Stadtrates finden. Schliesslich möchte ich noch dem Wunsche Ausdruck geben, dass die Kriegszulagen sobald als möglich in die Hände der Beamten und Lehrer der Gemeinde Wien gelangen.

G.R. Angermayer: weist darauf hin, dass in dem vorliegenden Beschlusse einige Umstände vorhanden sind, die ihn veranlassen um eine Abhilfe anzusuchen. Redner schliesst sich der Meinung des Vorredners an, dass sich die Beamten und Lehrerschaft der Teuerungszulage nicht erfreuen werden, da die ganzen Umstände und die heutige Zeit keine solche ist, dass durch die Zulage die missliche Lage nur einigermaßen ausgeglichen werde. Die Gemeinde könne als sozialdenkende Dienstgeberin nur tun, was sie zu tun im Stande ist. In dem Moment, wo die Preise abgebaut würden, würde die ganze Teuerungsdebatte überflüssig werden. Redner schliesst sich auch dem Wunsche seines Vorredners an und meint, er hätte nur gewünscht, dass letzterer auch die Mittel dazu angegeben hätte. Redner weist auch darauf hin, dass die Fixangestellten in privaten Unternehmungen, wenn sie einrücken, in die Familien meist unversorgt zurücklassen müssen, angewiesen auf den Unterhaltsbeitrag. Diese Not und dieses Elend schreit zum Himmel und es ist traurig, dass wir in einem Staate leben, in dem derartiges vorkommen kann. In der Vorlage, so erwähnt Redner seien auch einige Ungleichheiten zu finden, so ist eine Ungleichheit in der Behandlung der Familien nach Eingerückten der städtischen Unternehmungen und bei solchen, die wirkliche Gemeindebeamte und Lehrer sind. Dies sei auf eine Zeit zurückzuführen, wo der Staat dem Angestellten, der den Eingerückten bezüglich der Arbeitsleistung vertreten musste, das volle Gehalt ausbezahlt und in jene Zeit, in der man mit der Kriegsdauer von wenigen Monaten rechnete.

In dem Augenblicke aber, als der Staat die Unternehmungen selbst in die Hand nahm, wurde er eines anderen belehrt. Es konnte für die Eingerückten kein Ersatz geschaffen werden und das hat die Gemeinde vom Staat übernommen. Redner gibt zu, dass, wenn der Krieg wirklich nur 6 Monate gedauert hätte und die Preise nicht so in die

Höhe gestiegen wären, viele Familien auch mit dem halben Gehalt über die Zeit hinweggekommen wären. Nun sei aber eine andere Lage geschaffen. Die Härte in der Vorlage liege darin, dass die Familien jener Bedienten, welche bei städtischen Unternehmungen angestellt sind, nur die Hälfte bekommen. Eine zweite Härte der Vorlage liege darin, dass der eingerückte Gagist seinen Gehalt und seine Zulage bekomme. Hier sei es, da der Gagist auch den Gehalt als solcher bekomme, eine Zulage nicht notwendig. Dem Gagisten gegenüber steht jener Angestellte, der als Landsturmann einrücken musste. Am Schlusse seiner Ausführungen stellt Redner zwei die erwähnten Materien betreffende Anträge.

G.R. Spalowsky: stellt im Laufe seiner Ausführungen fest, dass die Gemeinde Wien im Vergleiche zum Staate besser auf ihre Angestellten sehe, auch in dem Falle, in dem die Familie des Angestellten eine grössere Kopffzahl aufzuweisen habe, sei die Gemeinde besser darauf bedacht, für dieselbe zu sorgen, als der Staat. Wenn die heutige Vorlage sich im grossen und ganzen an die Vorlage des Staates halte, so unterscheide sie sich doch im Wesentlichen in dem Punkte, dass die meisten Sätze in den einzelnen Klassen wesentlich höher gestellt seien, als beim Staate, deswegen, weil den Beamten der Gemeinde Wien die Steuern nicht abgenommen werden können, um sie auf die Gemeinde oder dem Staate abzuwälzen. Die Vorlage weist als besonderes Merkmal noch die Tatsache auf, dass die Bezüge zuzüglich der Teuerungszulage weit höher sind, als bei den Staatsbeamten. Redner verweist darauf, dass die Gemeinde Wien in der Fürsorge für ihre Angestellten vorbildlich vorgehe und er wünsche nur, dass der Staat das gleiche tue. Die Vorlage enthalte nach der Meinung des Redners einen Fehler, der sich auf die nicht in Rangsklassen eingeteilte Beamtenschaft bezieht. In der Vorlage sei die Zuwendung für diese mit 204 Kronen festgesetzt, also mit einem Minus von 36 Kronen gegenüber dem Staate. Redner betont daher, dass es notwendig sei, auch in der vorliegenden Vorlage einen Satz aufzunehmen, der den Angestellten bei einem Einkommen bis ausschliesslich 2800 Kronen die Teuerungszulage mit 240 Kronen bemesse, ebenso bis zu einem Gehalte bis ausschliesslich 1600 Kronen in der ersten Klasse. Diesbezüglich stellt Redner zwei Anträge.

Wir haben uns vor Augen zu halten, dass die Bevölkerung nicht zu einer grösseren Belastung herangezogen werden kann, weil ja auch sie ebenso wie die Beamten unter der Teuerung zu leiden haben, und viele unserer Mitbürger durch den Krieg in ihren Einkommen wesentlich geschädigt worden sind. Es bleibt nur ein Weg übrig, dass wir uns bemühen alles zu tun, was nur geschehen kann, um die Preisentwicklung unserer Lebensmittel wieder in gerechte und vernünftige Bahnen zu bringen. Ich will hier keine Anträge stellen, weil ich weiss, dass die Gemeinde Wien alles im ausreichenden Masse getan hat, um die Teuerung zu bekämpfen, wenn die Teuerung sich dennoch fort entwickelt, so sind nicht wir daran schuld, sondern Faktoren, auf die einzuwirken leider nicht in der Macht des Gemeinderates gelegen ist. Ich bin der Ueberzeugung, dass die breiten Massen es auch begreifen werden, dass, wenn die Gemeinde Opfer für ihre Angestellten bringt, diese Opfer auch gebracht werden müssen, weil wir damit ein Beispiel sozialer Fürsorge geben müssen, der sich die Gemeinde Wien nicht entziehen kann und will. (lebhafter Beifall)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR. Skaret: Es ist gewiss zu begrüssen, dass die Gemeinde Wien mit der gegenwärtigen Vorlage bestrebt ist, das ausserordentliche Elend zu lindern, das heute unter den Festangestellten herrscht. Ich kann aber nicht umhin zu erklären, dass die Vorlage zwei Schwächen hat. Diese eine besteht darin, dass für die Familien der eingerückten Bediensteten der städt. Unternehmungen keine Fürsorge getroffen wird, in zweiter Linie ist es der Umstand, dass die Gnadengaben bei der Erhöhung gegenüber den Ruhegenüssen vollständig unberücksichtigt geblieben sind. Nicht alle Familien, der städt. Bediensteten haben auf eine grössere Anzahl von Kindern zu verweisen. Es gibt eine Reihe von Bediensteten, die nur eine Frau aber keine Kinder haben, und die auf den halben Gehalt angewiesen sind, keinen Unterhaltsbeitrag bekommen und infolgedessen ein ausserordentlich kümmerliches Dasein fristen müssen. Ich will mich nicht darüber auslassen, welche Ungerechtigkeit in dem gleich gebliebenen Unterhaltsbeiträge/der Unterhaltsbeitrag mag vielleicht im Jahre 1914 zur Not hingereicht haben, heute dürfte er kaum mehr genügen um einen kleinen Teil der Bedürfnisse decken zu können und er steht heute in gar keinem Verhältnisse mehr zu der ungeheuren Teuerung. Ich will hier keine positiven Anträge stellen, glaube aber sagen zu müssen, dass man nicht umhin können für die Familien eingerückter städt. Bediensteter etwas vorzukehren. Haben wir schon so viel aufgewendet, dann darf es uns zur Milderung des Elends dieser Familien auf weitere Aufwendungen nicht ankommen. Was die Gnadengaben betrifft, will ich zugeben, dass eine Reihe von städt. Bediensteten, die heute mit Gnadengaben bedacht sind, sich im Laufe der Jahre eine Nebenbeschäftigung verschafft haben, ich könne aber auch Leute, die nicht mehr arbeitsfähig sind, die keine Nebenbeschäftigung haben und die mit Gnadengaben von 35 bis 40 Kronen auskommen müssen, sodass sie in furchtbarem Elend leben.

GR. Angermayer: Was ist es dann mit den Bürgerpfründen von 16 Kronen.

GR. Skaret: Wenn Sie das sagen, dann könnte ich Sie fragen was soll eine Frau mit 39 Kronen 60 Heller machen, wenn sie 32 Kronen Zins bezahlen muss und ihr also 7 Kronen höchstens zum Leben bleiben. Das sind Rätsel, die ich am allerliebsten unseren Staatsgewaltigen vorlegen möchte. Diese möchte ich fragen, wie solche Familien ihr

Auskommen finden sollen. Wir müssen in dieser Sache unser tiefstes Bedauern gegenüber dem Staate ausdrücken, dass er gerade in der Zeit enorm angewachsender Lebensmittelpreiserung die Feststellung der Durchzugsgebühren ausweicht. Das Argument, dass die Gnadengaben Bedachten Nebenbeschäftigungen haben, kann nicht aufrecht erhalten bleiben, denn auch die mit Ruhegenüssen versehenen Personen haben sich um Nebenbeschäftigungen umsehen müssen, um ihre Lebensexistenz erhalten zu können. So sehr wir also diese Vorlage begrüssen, als einen weiteren Fortschritt auf dem sozialen Gebiete, so sehr bedauern wir, dass sie noch immer eine Reihe von Schwächen enthält und dass sie nicht eine ziemlich gleichgerechte Behandlung aller bedeutet, die heute unter dem Elend seufzen. Ich enthalte mich aller derartigen Anträge, weil ich weiss, wie zwecklos es hier vor diesem Plenum wäre, ich hoffe aber, dass die Zeit nicht mehr ferne ist, wo auch dieser Armen gedacht werden wird. (Beifall bei den Parteigenossen)

5
G.R. Kunschak: Es ist bereits darauf verwiesen worden, dass der Staat bei seinen Angestellten einen anderen Weg eingeschlagen hat, als es die Gemeinde Wien getan hat. Ich freue mich, dass die Gemeinde Wien dem Staate auf diesem Wege nicht gefolgt ist, und zwar als mehr aus einem Grunde. Der eine ist ja bereits angeführt worden, Es ist der Stellung der Beamtenschaft gewiss nicht dienlich in einer Zeit allgemeiner und schwerster Belastung für den Staat in den Augen der Bevölkerung gewissermassen eine Ausnahmestellung einnehmen zu müssen und immer zu hören: Was wollt ihr reden, ihr zahlt ja keine Steuern. Ich denke aber auch an die anderen Folgen, die sich ergeben müssen, aus diesem Vorgange der Staatsverwaltung. Zunächst stelle ich fest, dass die Uebernahme der Steuern der ungerechtfertigste Vorgang in dem Augenblick ist, wo es sich darum handelt die Notlage der Staatsangestellten zu bekämpfen. Die Personaleinkommensteuer ist ja abgestuft und bis zu 16.000 Kronen ist eine Steuer überhaupt nicht vorgesehen. Die grosse Masse der Angestellten ist mit ihren Einkommen in der Klasse unter 1600 Kronen zu suchen, also wird diese grosse Masse von der Fürsorge gar nicht betroffen. Ich höre da schon den Einwand eines Staatsbeamten, dass der Staat ja selbst darauf Rücksicht genommen hat, dass die Zulage in den unteren Klassen höher ist, als in den oberen Klassen, sodass also gewissermassen ein Ausgleich geschaffen ist. Ich behaupte ~~da~~ dennoch, dass dieser Vorgang ungerechtfertigt ist ~~und geradezu empörend~~ wenn man in das Auge fasst, dass dieser Steuernachlass nicht nur bis in die 7. Rangsklasse gewährt wird, sondern dass auch die Steuer der Beamten der 3. 2. und 1. Rangsklasse von der Staatskasse übernommen wird. Die Regierung hätte es sich wohl überlegen sollen, zu einer Zeit, wo sie immer an den Patriotismus der Kleinen Bevölkerung appellieren muss, wo der Finanzminister selbst erklärt, dass die Bevölkerung schwere Lasten wird übernehmen müssen, sich zu dem Standpunkt zu bekennen, dass Leute mit Einkommen von 20.000.-- bis 60.000.-- Kronen Einkommen, Personaleinkommensteuer überhaupt nicht bezahlen können, so dass diese vom Staate bezahlt werden muss. Das wird in der Bevölkerung nie verstanden werden, dass ein Staatshalter, dass ein Sektionschef, dass selbst ein Ministerpräsident in der Zeit der allgemeinen und grössten Opferbereitschaft durch eine kaiserliche Verordnung, nicht durch ein Gesetz für sich erklären lässt, dass er nicht in Stande die ihm vorgeschriebene Steuer zu bezahlen. (lebhafter Beifall)

Ich muss sagen, dass die Regierung hier weder staatspolitisch, noch staatsklug gehandelt hat. Der Herr Sektionschef, der diese Sektionschefsteuerzulage gemacht hat, müsste in Disziplinaruntersuchung gezogen und davon gejagt werden, denn er hat dem Ansehen des Staates mehr geschadet, als je ein Gegner schaden kann.

Alle diese Teuerungszulagen, die wir hier schon zum drittenmale beschliessen, sind die Konsequenzen aus dem schweren Fehlern und Versäumnissen unserer Approvisionierungspolitik, durch welche auch die Gemeinden und Länder und damit die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen sind. Darüber sind ja alle einig, dass diese Zulagen die Wirkungen der Teuerung auf den einzelnen Haushalt nicht auszugleichen vermögen, sondern dass jeder Einzelne noch weiterhin eine grosse Summe von Opferbereitschaft und Entbehrungen wird tragen müssen.

Wie steht es aber mit anderen staatlichen Fürspragen? Durch das Unterhaltsgesetz vom Jahre 1912 wurde allgemein anerkannt, dass der Staat für die Angehörigen der Mobilisierten zu sorgen verpflichtet ist. Dies ist mit aller Deutlichkeit in § 1 ausgesprochen. Diese Verpflichtung wird zwar im Umfange und Ausmasse aber nicht im Gei-

ste des Gesetzes erfüllt und darauf kommt es letzten Ende aber doch an. G.R. Skaret hat sehr mit Recht darauf verwiesen, dass die Unterhaltsbeiträge ganz unzulänglich geworden sind und dass eine Erhöhung dringend notwendig wäre. Als im Jahre 1912 das Ausmass festgesetzt wurde, hat Jedermann die Lebensverhältnisse dieses Jahres vor Augen gehabt und kein Mensch es für möglich gehalten, dass die Verhältnisse je eine solche Entwicklung nehmen könnten. Es kommt aber lediglich darauf an, dass die Summe der Unterhaltsbeiträge erhöht wird, sondern, dass der Vorgang bei der Verleihung des Betrages endlich einmal dem Geiste dieses ohnehin unzulänglichen Gesetzes entspricht. Dort wo das Gesetz davon spricht, dass der notwendige Unterhalt gefährdet sein müsste, setzt nämlich die Auslegung ein, da wird herangedoktriert und herankonstruiert und nacheinander entgegen allen Verwaltungs-gerichtshofentscheidungen unter dem Titel, dass der notwendige Unterhalt nicht gefährdet erscheint, 100.000 von Soldatenfamilien entweder ganz oder um einen Teil ihrer gesetzlichen Ansprüche gebracht. Eine vernünftige und menschlich fühlende Handhabung wäre da in der Lage, grosse Uebelstände zu beheben, ich habe aber nicht die geringste Hoffnung, dass dem je Rechnung getragen wird.

G. R. Kunschak bespricht sodann die Einstellung der Sustainationsbeiträge für die Familien der Landes- und Gemeindebeamten, welche am 31. August 1916 durch eine kaiserliche Verordnung verfügt wurde. In der Durchführung dieser Verordnung habe das Landesverteidigungsministerium noch ein Uebriges getan, in dem es auch die Beiträge für die Beamten und Bediensteten der in der Verwaltung der Länder und Gemeinden stehende Betriebe ausdehnte und weiters, dass es die Bezüge auch für die Lehrerfamilien einstellte. Die n.ö. Landesbehörde hat unter Aufzählung aller Erkenntnisse der obersten Gerichte einen Protest an das Kriegsministerium, gegen letzteres die Massregel eingebracht aber ohne Erfolg. Es ist bemerkenswert, sagt der Redner, dass ausserdem n.ö. Landesausschüsse niemand sich gegen diese Massnahme gewehrt hat.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner unterbrechend: Die Gemeinde Wien hat dagegen Stellung genommen, und eine Abordnung unter meiner Führung hat beim Kriegsminister in dieser Beziehung vorgesprochen.

G.R. Kunschak: Ich danke dem Herrn Bürgermeister für diese Aufklärung. Ich wollte insbesondere darauf hinweisen, dass die Organisationen unserer Beamten und Lehrer irgend eine Protestaktion nicht eingeleitet haben und dass deshalb ihnen der Vorruf nicht erspart werden kann, dass sie sich ein wichtiges Recht entwinden liessen. Die Konsequenzen der Verordnung sind in vielen Fällen ausserordentlich einschneidend. Insbesondere bezüglich der Familienangehörigen von Kriegsgefangenen Lehreroffizieren. Der Landesausschuss hat entgegen der gesetzlichen Verfügung dem Landeschulrate beantragt, solchen Familien die vollen Bezüge ausbezahlen und ich erwarte, dass dem Antrage stattgegeben wird.

Die von der Gemeinde bewilligten Kriegszulagen beziffern sich mit ungefähr 20 bis 22 Millionen Kronen. Durch die Erhöhung der Steuern, durch die Kriegszuschläge und dadurch, dass viele Bedienstete jetzt in die Steuerpflichtigkeit kommen, fliessen dem Staate wieder ungefähr fünfviertel Millionen zu. Es bekommt also auch der Staat von der Gemeinde Wien einen Kriegsteuerzuschlag. Ich möchte deshalb beantragen, dass der Gemeinderat an die Regierung das Ersuchen richtet, sie möge für die Kriegszuschläge der Angestellten der Gemeinde Wien die Steuerfreiheit gewähren. (Lebhafter Beifall).

Gestatten Sie, dass ich noch eine Angelegenheit berühre, die ich in den letzten Tagen in einer Zeitung gelesen habe. Es betrifft die Lage jener städt. Angestellten, welche nur die halben Bezüge haben. Es heisst dort, dass die Familien der Strassenbahnbeamten mit 70 bis 120 Kronen durchhungern müssen, Dagegen erkläre ich, dass diese Behauptung absolut unwahr ist, 1- haben solche Familien Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag. Nach der Praxis der Unterkommisionen weiss ich, dass sie ihn bekommen. Die Frau leit also vom Unterhaltsbeitrag und den 70 Kronen der Gemeinde Wien. Und in vielen Fällen ist halber Lohn der Gemeinde Wien und Unterhaltsbeitrag mehr als der frühere Lohn des eingerückten Mannes. Ich möchte dies feststellen damit die Bevölkerung nicht so irre geführt und in ihrem humanen Empfinden verletzt werde. Auch haben alle Strassenbahner Beamten Frauen sehr ausgiebige Aushilfen bekommen, sodass von einem Betrag von 120 Kronen keine Rede sein kann. Rühmend muss ich hervorheben, dass die Strassenbahnen eine vorbildliche Kriegsfürsorge organisiert hat die den Bediensteten bis 31. Oktober nahezu 300.000.-- Kronen zugewendet hat. Auch an diese Einrichtung kann sich die Strassenbahn-beamtenfrau um Hilfe wenden. Weiters möchte ich feststellen haben, dass es eine bedenkliche Sache wäre, die Kriegszulage auch jenen zu geben, welche nur den vollen Gehalt haben, oder ihnen den vollen Gehalt auszubezahlen. Ich bedauere sogar, dass die Gemeinde Wien ihren Angestellten überhaupt den halben Gehalt ausbezahlt hat. Diese haben Gebühren machen bei der Gemeinde einen Betrag von 7 Millionen Kronen aus, die sich der Staat erspart hat. Hätte die Gemeinde Wien ~~sich~~ diese Gelder verwendet, so würden sich die Angestellten besser stehen. Erhöhen wir die Zulagen, so würden die Unterhaltsbeiträge sofort eingestellt, es würde nur die Gemeinde Wien geschädigt und der Staat würde lachen. Und meine Herren, bedenken sie, dass wir heute zum ersten Male eine Ausgabe beschliessen die nicht gedeckt ist - Die Notlage der Bediensteten drängt so, dass wir nicht fragen können, woher wir das Geld nehmen, sondern dass wir es geben müssen. Noch ein Wort zu Ehrenrettung der Bediensteten der Strassenbahnen muss ich sagen. Es ist keine Leichtigkeit für die Bediensteten der Strassenbahn den Dienst zu versehen, und ich muss sagen, die Bediensteten leisten uebermenschliches. Wir haben jetzt mehr Personal als im Frieden, und wer so oft mit der Strassenbahn fährt, der wird sehen, wie gequält die Bediensteten werden. Da muss ich von dem Publikum zwei Kategorien unterscheiden. In der Führe wenn der grösste Verkehr ist, wickelt er sich am leichtesten ab und die Schaffnerinnen machen da am liebsten den Dienst. Der Abenddienst, das ist der Dienst, den alle fürchten. Vor und nach dem Theater da stehen die Damen und die Emporkömmlinge jüngstens Datums denen die osteuropäische Kultur noch nicht ganz vom Antlitz verwischt ist, sie sind voll Ungeduld und voll Uebermut. Wenn ich diese Gesellschaft sehe, da möchte ich sie oft zusammen nehmen und hinaus auf die Schlachtfelder führen, die Männer in die Schützengräben und die Weiber in die Feldspitäler, damit sie angesichts der grossen Strapazzen und der fürchterlichen Leiden sehen, was sie für ein erbärmliches Gesindel sind. Ich würde daher alle Herren Gemeinderäte bitten und alle Vertreter der Presse auf der Gallerie die geschilderten Verhältnisse zu bedenken, und den armen Weibern, die ihren schweren Dienst auf der Strassenbahn versehen, deren Mann vielleicht schon gefallen ist, und die zu Hause Kinder haben, den Dienst zu erleichtern und nicht zu erschweren. Ich appelliere an die gesamte Presse und an die bodenständige Wiener Bevölkerung. Ich muss auch ~~noch~~ Bedauern aussprechen, dass es eine Wienerzeitung gibt, und zwar die die erste Meldung von den 70 Kronen gebracht hat, die fortwährend mit den Angestellten der Strassenbahn nicht zufrieden ist.

6

Ich nehme aber von diesem Blatte weiters keine Notiz weil ich glaube, dass sie auch dieses Blatt früher oder später der Verachtung anheim fallen wird. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, allen unseren städtischen Arbeitern herzlichst zu danken für alles das, was sie an persönlichen Opfern, an Opfern an ihrer Gesundheit in treuer Hingabe an ihren Beruf leisten ~~xxxxx~~ um der Bevölkerung jetzt das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu erleichtern. Im Uebrigen spreche ich aber den Wunsch aus, dass doch endlich einmal das Jahr 1917 den Frieden bringen möge, damit nicht nur das blutige Ringen auf den Schlachtfeldern ein Ende findet, sondern dass auch ein Ende finde dieser zermördende elende Kampf um das bisschen Leben im Hinterlande. (Lebhafter Beifall).

VB. Hoß sagt in seinem Schlußworte: Wenn irgend etwas für die Bevölkerung in dieser Zeit getan werden konnte, so war es der Wiener Gemeinderat, mit Bürgermeister Dr. Weiskirchner an der Spitze, die unermüdlich tätig waren, der Bevölkerung das so schwierige Durchhalten zu erleichtern und zu ermöglichen. Wenn jetzt ~~xxx~~ schon vom Abbau der Preise gesprochen wurde, so muß ich sagen, daß wir derzeit noch immer froh sein müssen, wenn die Preise wenigstens nicht weiter in dem Maße steigen wie bisher, und wenn wir überhaupt Wase nach Wien bekommen, um die Bevölkerung zu versorgen. Was die gestellten Anträge anbelangt, sei auch er für eine Unterstützung der Anträge Hohensinner und Angermayer, auf Unterstützung von Familien jener Beamten, die als Mannschaftspersonen eingerückt sind und stimme er zu, die Anträge dem Magistrate zur Berichterstattung zu überweisen. Dem Antrage Spalowsky auf Erhöhung der Teuerungszulagen der Stufen bis ausschließlich 1600 K und bis 2800 Kronen schließe er sich an, der Antrag Kunschak wird, falls die Regierung zustimmen sollte, gewiß mit Freude begrüßt werden. Im übrigen bitte er um die Annahme der Referentenanträge.

Bei der Abstimmung werden der Antrag Spalowsky und die Referentenanträge einstimmig genehmigt, die Anträge Hohensinner und Angermayer ebenfalls einstimmig „genügend unterstützt“ und schließlich der Resolutionsantrag Kunschak gleichfalls einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner schließt sodann die Sitzung mit folgenden Worten: Ich glaube berechtigt zu sein, im Namen aller Beamten und Angestellten dem Gemeinderate für diese neuerlichen Zuwendungen den besten Dank ausdrücken zu dürfen, ebenso dem Kollegen Hoß für die Erstattung des Referates und die mühevollen Arbeit, welche mit dieser Angelegenheit verbunden war.
